

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 19 – Einheitliche Küstenwache –
Konsequenzen aus dem Pallas-Unglück

Dazu sagt der umweltpolitische Sprecher
von Bündnis90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 393.08 / 12.11.2008

Keine Sicherheit ohne einheitlichen Küstenschutz

Der zehnte Jahrestag des Pallas-Unglücks ist ein guter Zeitpunkt über die tatsächlich gezogenen Konsequenzen zu diskutieren. Nach der Havarie des Holzfrachters „Pallas“ am 29. Oktober 1998 vor der Nordseeinsel Amrum waren sich doch alle einig, dass so schnell wie möglich eine einheitliche nationale Küstenwache auf die Beine gestellt werden müsse.

Die Bilanz nach zehn Jahren Kompetenzgerangels zwischen Bund und Küstenländer fällt ernüchternd aus. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, warum der Innenminister Lothar Hay in seiner Presseerklärung vom 28. Oktober eine positive Bilanz für die Sicherheit auf See zieht.

Fakt ist: Auch zehn Jahre nach dem Desaster um das Pallas-Unglück gibt es immer noch keine einheitliche nationale Küstenwache. Das ist ein Armutszeugnis für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Küstenländern.

Die sensiblen Regionen der Nord- und Ostseeküste brauchen eine klare Sicherheitsstruktur. So schnell wie möglich muss es eine neue schlagkräftige Behörde geben, in der die jeweiligen Aufgaben der jetzigen Partner im Bereich der Küstenwache einfließen. Die bestehende komplizierte Konstruktion ist untauglich, um den wachsenden Risiken - zunehmender Schiffsverkehr, wachsende Schiffsgrößen und schlecht ausgebildete Besatzungen - in der Küstenschifffahrt angemessen zu begegnen.

Was gibt es nicht alles an Institutionen. Es gibt einen Koordinationsverbund Küstenwache. Dort sind die Schiffe von vier Bundesbehörden zusammengefasst: Zoll, Wasser- und Schifffahrtsdirektion, Bundespolizei und Fischereischutz. Alle Schiffe tragen das Logo Küstenwache.

Weiter gibt es das Havarie-Kommando als Bund-Länder Einrichtung. Hinzu kommt das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ) als Dachorganisation in Cuxhaven. Es besteht aus sieben Partnern: Den vier Bundesbehörden des Koordinationsverbundes Küstenwache, der Leitstelle Schifffahrtspolizei, dem Havariekommando und der Marine (zzt. nur mit einem Verbindungsoffizier vertreten, da noch kein Mandat für innere Einsätze besteht). Alle sieben Partner haben eigene Leitstellen, die in einem "gemeinsamen Lagezentrum See" zusammenarbeiten. Jährlich wechselt im Turnus die führende Leitstelle.

Ich kann da keine effektiven Strukturen erkennen, sondern sehr viel an Parallel-Arbeiten. Es gibt zurzeit eben keine zentrale Stelle, die das Recht hat, Sofortentscheidungen für alle denkbaren polizeilichen Anlässe auf See zu treffen.

Das sieht der Innenminister genau so. Ich kann ihm aber nicht folgen, wenn er in Hinblick auf die nationale Küstenwache eine neue Mammutbehörde des Bundes als große Gefahr an die Wand malt. Mammutbehörde, das ist ein Kampfbegriff, der hier nicht hingehört.

Es geht um die größtmögliche Sicherheit auf See für unsere Küstenbereiche von Schleswig-Holstein. Dafür brauchen wir keine drei Verwaltungsorganisationen und zersplitterte Kompetenzen. Notwendig ist und bleibt die Schaffung einer einheitlichen nationalen Küstenwache, einer „coastel guard“ wie in den USA. Wenn sich Bund und Länder nicht einigen können, dann muss das der Bund als nationale Aufgabe an sich ziehen. Es ist noch viel zu tun.